

Politik

Gesundheitsreform: Experten für Mix aus Bürgerversicherung und Kopfpauschale

Berlin - Für ein Mischmodell zwischen der von der SPD favorisierten Bürgerversicherung und dem Gesundheitsprämienmodell der Union haben sich am 10. Februar Gesundheitsökonominnen in Berlin ausgesprochen. „Die bislang diskutierten Modelle stellen keine unumstößlichen Alternativen dar. Einzelne Elemente von Bürgerversicherung und Gesundheitsprämie könnten in einer Vielzahl anderer Arten miteinander kombiniert werden“, sagte Prof. Dr. Anita Pfaff, Leiterin des Internationalen [Instituts für Empirische Sozialökonomie](#) (INIFES). Im Auftrag der [Hans-Böckler-Stiftung](#) berechnete das INIFES gemeinsam mit dem [Institut für Gesundheits- und Sozialforschung](#) (IGES) und der [Prognos AG](#) die Auswirkungen verschiedener derzeit diskutierter Reformelemente auf die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV).

Die Experten kamen zu dem Ergebnis, dass der durchschnittliche Beitragssatz für die GKV sinken könnte, wenn ein so genanntes integriertes Krankenversicherungssystem geschaffen wird. Das Modell sieht vor, den Zugang der Versicherten zur gesetzlichen und privaten Krankenversicherung offen zu halten. Ein Wechsel zwischen den beiden Versicherungsarten soll möglich sein. Das System beinhaltet einen Leistungskatalog für die Grundversorgung, der sowohl für die gesetzlich als auch für die privat Versicherten gilt. Leistungen, die darüber hinausgehen, müssen privat versichert werden.

Die Wissenschaftler schlagen vor, neben Arbeitern und Angestellten auch Beamte, Pensionäre, Selbstständige, Wehr- und Ersatzdienstleistende sowie Sozialhilfeempfänger zur Finanzierung des Gesundheitssystems heranzuziehen. Dies könne einkommensabhängig, aber auch über Pauschalen geschehen. Bei der einkommensabhängigen Finanzierung müsste die Pflichtversicherungsgrenze in der GKV von derzeit 3.562 Euro auf das Niveau der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung von 5.250 Euro steigen.

Bei der Finanzierung des Gesundheitswesens über Pauschalbeiträge gehen die Wissenschaftler von einem monatlichen Beitrag pro Erwachsenen von 189 Euro aus, wobei eine steuerfinanzierte Beitragssubvention von 39 Milliarden Euro im Jahr notwendig wäre. Haushalte mit einem Einkommen ab 50.000 Euro werden bei diesem Finanzierungssystem grundsätzlich stärker belastet. /SR/ddp